

Berlin, 01.12.2023

Dringender Entscheidungsbedarf für ein Silvester-Böllerverbot zum Jahreswechsel 2023/2024 auf der Innenministerkonferenz vom 6. bis 8. Dezember 2023

Sehr geehrte Frau Innenministerin Faeser, sehr geehrte Frau Senatorinnen Spranger und Giffey,

der letzte Jahreswechsel hatte einen neuen Negativrekord an schweren Augenverletzungen durch Silvesterknallkörper und Feuerwerksraketen zur Folge. Auch für diesen Jahreswechsel ist zumindest mit einer Wiederholung der negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit - auch durch massive Luftschadstoffbelastungen – und auf die Tierwelt zu rechnen.

Wir bitten Sie, für die anstehende Innenministerkonferenz einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt zum kurzfristigen Verbot des Verkaufs und der Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie F2 bereits zum Jahreswechsel 2023/2024 aufzunehmen.

Viele Tausend Brände, extreme Luftverschmutzung und vermüllte Straßen, sowie Natur sind die Folge der archaischen Schwarzpulver-Böllerei. Millionen Haus- und Wildtiere geraten in akute Panik. Allein die dokumentierten Augen-, Ohr-, Brand- und Handverletzungen gehen voraussichtlich erneut in die Tausenden. Besonders erschreckend ist der Umstand, dass viele unbeteiligte Kinder und Jugendliche zu Opfern werden.

In diesem Jahr kommen jedoch noch zwei weitere dramatische Umstände hinzu: Zum einen nehmen die Atemwegserkrankungen derzeit erschreckend zu und die Gesundheitsdienste warnen bereits jetzt vor einer Überlastung der Kliniken, da im Gegensatz zu den Corona-Jahren aktuell keine besonderen Schutzmaßnahmen gegen die Influenza- und Corona-Wellen greifen. Zudem wird in diesem Jahr vermehrt mit dem Missbrauch von Feuerwerkskörpern bei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Menschengruppen gerechnet. Mit großer Sorge stellen wir fest, dass selbst Einsatzkräfte der Polizei, des Gesundheitswesens und der Feuerwehr bei ihren Einsätzen gezielt mit Pyrotechnik angegriffen werden. Nicht nur in Berlin, sondern bundesweit in Ballungsräumen. Das hat zur Folge, dass in diesem Jahr noch mehr Polizistinnen und Polizisten im Einsatz sein müssen, um Feuerwehr und Rettungsdienste zu begleiten und sie so während ihrer Arbeit vor Angriffen mit Böllern und Raketen zu schützen. Sie alle werden nicht mit ihren Familien in das neue Jahr starten.



Deshalb fordern die Deutsche Umwelthilfe, die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und die Bundesärztekammer Sie stellvertretend für unser breites Bündnis von inzwischen 20 Organisationen auf, jetzt zu handeln! Lassen Sie nicht sehenden Auges zu, dass wir in diesem Jahr wieder einer solchen oder noch schlimmeren Situation in den deutschen Kommunen zum Jahreswechsel ausgesetzt sind. Setzen Sie sich bei der Innenministerkonferenz vom 06.12.2023 bis 08.12.2023 in Berlin für eine Änderung der 1. Sprengstoffverordnung (1. SprengV) ein. Um ein bundesweites Verkaufs- und Anwendungsverbot für privates Silvesterfeuerwerk zu erreichen, muss nur eine Sonderregelung, die ausschließlich für Silvester gilt, aufgehoben werden. Es ist lediglich die Streichung des § 23 Abs. 2 und des § 22 Abs. 1 der 1. SprengV erforderlich.

~~„(2) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen in der Zeit vom 2. Januar bis 30. Dezember nur durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 7 oder § 27, eines Befähigungsscheines nach § 20 des Gesetzes oder einer Ausnahmegewilligung nach § 24 Absatz 1 verwendet (abgebrannt) werden. Am 31. Dezember und 1. Januar dürfen sie auch von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.“~~

~~(1) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen dem Verbraucher im Jahr 2021 nicht und in anderen Jahren nur in der Zeit vom 29. bis 31. Dezember überlassen werden; ist einer der genannten Tage ein Sonntag, ist ein Überlassen bereits ab dem 28. Dezember zulässig. Satz 1 gilt nicht für Verbraucher, die eine Erlaubnis nach § 7 oder § 27 oder einen Befähigungsschein nach § 20 des Gesetzes oder eine Ausnahmegenehmigung nach § 24 Absatz 1 besitzen. Die Regelungen zu den Ladenöffnungszeiten der Länder bleiben unberührt.~~

Die Kliniken arbeiten spätestens seit der Covid-Pandemie am Limit und sie müssen entlastet werden. Allein zum letzten Jahreswechsel gab es einen verheerenden Höchststand von 838 Patientinnen und Patienten mit durch Silvester-Böllern bedingten Augenverletzungen. Ein Anstieg um rund 300 im Vergleich zu den Jahren vor der Corona-Pandemie. Besonders besorgniserregend ist mit 40 Prozent der hohe Anteil von unbeteiligten Kindern und Jugendlichen unter den Verletzten. Dabei machen Augenverletzungen nur einen Bruchteil aller schweren Verletzungen durch Pyrotechnik aus. Die steigende Zahl an Augenverletzungen ist ein Weckruf, um privates Feuerwerk ein für alle Mal zu verbieten. Während des Verkaufsverbots 20/21 wurden zehnmals weniger Augenverletzungen verzeichnet. Weitere Informationen können Sie der gemeinsamen Pressemitteilung des Bündnisses vom 29.11.2023 entnehmen:

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/friedliches-und-boellerfreies-silvester-deutsche-umwelthilfe-gewerkschaft-der-polizei-und-bundesaerz/>

Das breite Bündnis aus Umwelt-, Verbraucher-, Tierschutz- und Gesundheitsorganisationen wünscht dazu einen Austausch mit Ihnen, der auch kurzfristig im Vorfeld der IMK möglich ist. Wir bieten auch eine Präsentation der Argumente und Forderungen durch Vertreter des Bündnisses direkt auf der IMK an.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundesvorstand



Deutsche Umwelthilfe

Folgende Umwelt-, Verbraucher-, Tierschutz- und Gesundheitsorganisationen unterstützen als Mitglied des Bündnisses diese Forderung:

Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Bundesärztekammer, Bundesverband Tierschutz, Deutscher Tierschutzbund, Deutsche Tinnitus-Liga, Gewerkschaft der Polizei, Bundesverband Bürohunde, Jane Goodall Institut Deutschland, Bundesverband Menschen für Tierrechte, Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg, NaturFreunde Deutschlands, PETA Deutschland, Pro Wildlife, TASSO, Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft, Tierschutznetzwerk Kräfte bündeln, VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz, das Haustierregister FINDEFIX und Deutscher Naturschutzring.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Resch
Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe

Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Dr. med. (I) Klaus Reinhardt
Präsident der Bundesärztekammer